

**Ohne Kampf**

**kein Fortschritt!**



## **Jetzt Aktion 40.000 unterstützen und Langzeitarbeitslosen eine Chance geben**

Die Corona-Krise verschärft die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer mehr. Die Zahl der Jobsuchenden steigt von Monat zu Monat. Es zeigt sich in der aktuellen Situation ganz deutlich: Der Arbeitsmarkt reguliert sich nicht von selbst. Ende Februar 2021 waren in Österreich 436.982 Personen auf Jobsuche, 146.587 davon schon länger als ein Jahr. Es muss rasch und entschlossen gegen die Rekordarbeitslosigkeit vorgegangen werden. Dafür braucht es gezielte Beschäftigungsprogramme, um Menschen, die länger als ein Jahr trotz aller Bemühungen keinen Job bekommen, Unterstützung und eine ehrliche Chance zu geben.

Analog zur Aktion 20.000, der erfolgreichen Jobinitiative für ältere Langzeitarbeitslose über 50 Jahre, die von der damaligen ÖVP/FPÖ-Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion abgedreht wurde, ist es nun höchste Zeit für eine darauf aufbauende Aktion 40.000. Diese soll 40.000 öffentlich finanzierte, neue Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen und sozialen Unternehmen schaffen. Die Jobs reichen von Hilfstätigkeiten für pflegebedürftige Menschen über organisatorische Unterstützung bei Test- und Impfstraßen bis hin zur Instandhaltung von Grün- und Parkflächen.

### **Win-Win-Situation für Betroffene und Gemeinden**

„Das ist eine Win-Win-Situation für Betroffene und Gemeinden“, sagt FSG-Landesvorsitzender Andreas Stangl. Im ersten Jahr soll es eine volle Finanzierung durch den Staat geben, im zweiten Jahr eine Co-Finanzierung (=Nettokosten für

die öffentliche Hand von 260 Millionen Euro). „Die Aktion 40.000 hilft, damit Langzeitarbeitslose nicht zurückgelassen werden und die Corona-Pandemie keine Pandemie der Armut wird“, so Stangl. Die Bürgerinitiative für die Aktion 40.000 kann über die Parlaments-Homepage ([www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)) oder über die Homepage des Nationalratsabgeordneten Josef Muchitsch ([www.josef-muchitsch.at](http://www.josef-muchitsch.at)) elektronisch unterstützt werden. „Je mehr Unterschriften, desto besser. Die Bundesregierung soll damit aufgefordert werden, die Aktion 40.000 einzuführen“, sagt Stangl. ■

**„Die Bundesregierung darf nicht länger untätig sein und muss die wichtige Aktion 40.000 einführen.“**

**Andreas Stangl**  
FSG-Landesvorsitzender

